



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Gute Vorschläge für Europa

Die Bundeskanzlerin hat am Wochenende eine überzeugende Antwort auf die Frage gegeben, welche Schritte notwendig sind, damit Europa die Herausforderungen der Zukunft besteht. Das Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern gute Perspektiven in Sachen Sicherheit und Wohlstand zu bieten und Europa eine starke Stimme in der Welt zu sichern. Damit schreibt die Bundeskanzlerin die erfolgreiche europapolitische Politik der Unionsparteien fort.

Wichtigste Handlungsfelder sind dabei die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die wirtschaftliche und technologische Stärkung unseres Kontinents sowie die gemeinsame Asyl- und Entwicklungspolitik.

In der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen, um eine starke Rolle im globalen Gefüge zu behalten. Im Rahmen der Verteidigungspolitik sollte eine mögliche Interventionsinitiative in die Struktur der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit eingepasst und die Zahl der Typen von Waffensystemen deutlich reduziert werden, um so zu einer Bündelung der europäischen Kräfte zu kommen. Zum Vergleich: Die US-Armee verfügt über 30 Waffensysteme, die Streitkräfte der EU-Staaten dagegen über 178. Hier besteht ein hohes Einsparpotential, erfordert aber auch die Bereitschaft zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit. Heute im Laufe des Tages entscheidet der Weltsicherheitsrat in New York, ob Deutschland in den nächsten zwei Jahren als nicht-ständiges Mitglied in diesem wichtigen Gremium mitarbeiten wird.

Angela Merkel hat nun vorgeschlagen, mittelfristig die nicht-ständigen Sitze der EU-Mitglieder zu europäischen Sitzen zu entwickeln. So könnten wir untereinander und mit Frankreich - dem nach dem Austritt Großbritanniens einzigen verbleibenden EU-Mitglied mit ständigem Sitz - als Europäer gemeinsam handeln.

Für die Sicherung unseres Wohlstands im 21. Jahrhundert sind eine innovationsfähige Wirtschaft und solide Finanzen Grundvoraussetzung. Bei den fundamentalen Innovationen muss Europa schneller werden, nur so halten wir den Anschluss weltweit. Erfolgreich wirtschaften können wir aber nur mit einem stabilen Euro. Unter anderem soll der Europäische Stabilisierungsmechanismus, der in der Finanzkrise entstand, ähnlich dem IWF zu einem zwischenstaatlich verfassten Europäischen Währungsfonds werden. Er soll in der Lage sein, die Schuldentragfähigkeit von Ländern zu bewerten und sie ggf. wiederherzustellen. Wir werden darauf achten, dass die Rechte des Deutschen Bundestages gewahrt bleiben. Denn klar ist für uns auch: Solidarität unter Euroländern darf nie in eine Schuldenunion münden, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Finanzielle Hilfe gibt es nur gegen Reformen.

In der zentralen Migrationsfrage sind Außengrenzsicherung, gemeinsame Asylpolitik und Bekämpfung der Fluchtursachen essentiell. Es ist wichtig, dass die europäische Grenzschutzbehörde Frontex mittelfristig zu einer echten europäischen Grenzpolizei mit europäischen Kompetenzen wird. Gleichzeitig sollen die Asylstandards in Europa vergleichbar werden.

Ganz besonders wichtig ist es, dass wir uns als Europäer sehr viel stärker in Afrika engagieren. Wir werden den Migrationsdruck nur dann in den Griff bekommen, wenn gerade die jungen Menschen in den afrikanischen Staaten für sich neue Perspektiven sehen. Angela Merkel hat daher erneut einen „Marschall-Plan“ für Afrika vorgeschlagen. Neue wirtschaftliche Perspektiven wirken im Übrigen auch indirekt: Weltweit ist zu beobachten, dass wachsender Wohlstand auch zu einem Rückgang der Geburtenrate führt. Das ist angesichts des Bevölkerungswachstums in Afrika ein wichtiger Aspekt, um den Migrationsdruck zu mindern.

Familiennachzug wird begrenzt

Bereits Anfang dieses Jahres haben wir den Anspruch von subsidiär Schutzberechtigten auf Familiennachzug endgültig abgeschafft – rechtzeitig bevor die zuvor bestehende zweijährige Aussetzung ausgelaufen wäre. Jetzt haben im Bundestag die Beratungen für eine dauerhafte Lösung begonnen. Ab 1. August 2018 werden nur noch höchstens 1.000 Personen im Monat aus humanitären Gründen zu Personen dieser Schutzgruppe nachziehen können. Wir müssen die Flüchtlingszahlen im Griff haben, damit die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Mit dem nunmehr zu beratenden Gesetz erfolgt die konkrete Ausgestaltung des begrenzten Familiennachzuges, insbesondere werden Auswahl- und Ausschlussgründe festgelegt. Beim Zuzug zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen. Nur wer sich selbst als integrationswillig und –fähig erweist, wird auch seine nachziehende Familie in diesem Sinne fördern und begleiten. Der Familiennachzug zu Gefährderten ist für sämtliche Familiennachzüge – auch zu anerkannten Flüchtlingen und deutschen Staatsbürgern – kategorisch ausgeschlossen. Hier ist die SPD inzwischen auf unsere Linie eingeschwenkt.

BAMF-Arbeit weiter aufklären.

Offenbar kriminelle Vorgänge in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen haben erneut den Fokus auf die Arbeit dieser großen Bundesbehörde gerichtet. Das BAMF hat in den vergangenen Jahren hunderttausende von Asylverfahren durchführen müssen, so dass die Behörde um mehrere tausend Mitarbeiter aufgestockt werden musste. Nachdem die Zustände im BAMF im Herbst 2015 bekannt wurden, hatte die Bundeskanzlerin den Leiter der Bundesanstalt für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, mit der Umorganisation der Behörde beauftragt.

Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Mitarbeiter Enormes geleistet haben, um den Berg an Asylverfahren abuarbeiten. Dabei sind ohne Frage auch Fehler passiert, auch kriminelle Vorgänge gab es leider. Jetzt brauchen wir eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und einen schnellstmöglichen Abbau von Qualitätsdefiziten.

Bundesinnenminister Seehofer hat eine Überprüfung des BAMF durch den Bundesrechnungshof eingeleitet und entschieden, dass die BAMF-Außenstelle Bremen keine Asylbescheide mehr erlassen darf, um das Vertrauen in die Behörde wieder zu stärken. In dieser Woche hat sich auch der Innenausschuss mit den Vorgängen befasst. Dies wird nächste Woche mit der Befragung von Thomas de Maizière und Peter Altmaier fortgesetzt.

Faktencheck AfD

Behauptung:

„Im Bundeshaushalt werden schlicht nicht alle Ausgabenposten aufgeführt. Denn: Wo ist zum Beispiel der EU-Etat zu finden? Richtig – gar nicht. Die rund 30 Milliarden Euro, die Deutschland nach Brüssel transferiert, werden im Budget verschwiegen.“

Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD bei der Debatte zum Bundeshaushalt 2018 am 16. Mai 2018

Stimmt das?

Nein. In den Haushaltstiteln 021 01 -820 und 022 02-820 im Einzelplan 6001 sind die Abführungen an die EU aufgeführt. Auch auf mehrere Anfragen der Tageszeitung „Die Welt“ hat das Büro von Frau Weidel die falsche Behauptung nicht zurückgenommen. Übrigens: Durch Direktzahlungen an unsere Landwirte und verschiedene Fonds reduziert sich der deutsche Nettobeitrag auf rund die Hälfte.

Arbeitslosenzahlen im doppelten Abwärtstrend

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent. Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch unter Einbezug saisonbedingter Schwankungen sank die Zahl der Arbeitssuchenden. Gleichzeitig vermeldete die Bundesagentur für Arbeit rund 793.000 offene Stellen im Mai – 78.000 mehr als vor einem Jahr. Auf europäischer Ebene lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2018 im Euroraum bei 8,5 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 2008. Auch sie verzeichnete gegenüber 9,2 Prozent im April 2017 einen Rückgang.